

Arbeitgeber sollen sich an Kitakosten beteiligen

Neue Idee Die Wirtschaft soll die Kinderbetreuung mitfinanzieren, damit mehr Mütter im Beruf bleiben.

Berufstätige Eltern in der Schweiz sind oft auf Kindertagesstätten (Kitas) angewiesen. Auch wenn bei vielen Familien die Grosseltern mithelfen und die Eltern ihre Arbeitspensen reduzieren. Allerdings gilt die Betreuung in einer Kita im internationalen Vergleich als teuer – selbst wenn man das hohe Preisniveau in der Schweiz berücksichtigt. Ein Vollzeit-Krippenplatz macht hierzulande durchschnittlich 27 Prozent eines mittleren Einkommens aus.

Politikerinnen und Politiker wollen darum ins System eingreifen. Zum Beispiel mit der parlamentarische Initiative «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats. Sie verfolgt das Ziel, Eltern finanziell zu unterstützen, wenn sie ihre Kinder familienextern betreuen lassen. Konkret: Der Bund soll 20 Prozent der Elternbeiträge für Kitas übernehmen. Der Arbeitgeberverband hatte die Vorlage befürwortet und sprach von einem «Meilenstein bei externer Kinderbetreuung».

Vorschlag aus dem Ständerat

Aber jetzt grätscht die ständerätliche Bildungskommission dazwischen. Diese Woche stellte sie ein neues, ganz anderes Modell vor: Eltern sollen, unabhängig vom eigenen Beschäftigungsgrad, eine Betreuungszulage erhalten für Kinder, die sie in einer Kindertagesstätte betreuen lassen. Und zwar im Rahmen des Vollzugs des Familienzulagengesetzes, also parallel zu den Kinderzulagen. Bezahlen sollen das die Unternehmen, die heute auch die Familienzulagen über Lohnprozente finanzieren.

Die Details der Vorlage sind noch nicht öffentlich, aber der Gedanke dahinter ist: Auf diese Weise bleiben mehr Eltern – vor allem Mütter – erwerbstätig. SVP-Ständerat Jakob Stark sagt: «In Zeiten des Fachkräftemangels ist es für die Wirtschaft von grosser Bedeutung, dass Mütter und Väter erwerbstätig bleiben, es ist deshalb gerechtfertigt, dass sich die Unternehmen finanziell bei den Kitas engagieren.»

So sieht es auch Mitte-Politiker Benedikt Würth, der als Urheber des ständerätlichen Kita-Modells gilt: «Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie führt zu einer höheren Erwerbsquote. Daran hat die Wirtschaft ein unmittelbares Interesse.»

Entlastung der Bundeskasse

Der ständerätliche Vorschlag kommt allerdings beim Arbeitgeberverband nicht gerade gut an. Dessen Chefökonom Simon Wey sagt: «Wir sehen das Angebot von genügend finanzierbaren Kinderbetreuungsplätzen als eine Aufgabe des Staates, genauso wie etwa das Angebot von Schulen.» Wey fordert ausserdem, nur jene Eltern finanziell zu entlasten, die ihr Kind institutionell betreuen lassen – und zwar im Verhältnis zu den Arbeitspensen.

Somit geht das Ringen um die Kita-Finanzierung weiter. Klar ist: Mit dem Vorschlag aus dem Ständerat sollen die Bundesfinanzen geschont werden.

Nina Fargahi